

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Mai 2008

Tarifabschluss Post

Durch Mehrarbeit finanzierte Lohnerhöhung

Zehntausende Postbeschäftigte hatten sich im April an Warnstreiks beteiligt. Millionen Sendungen blieben vorübergehend liegen. 93,1% der ver.di-Mitglieder stimmten in der Urabstimmung für Streik. Ver.di sprach von einer „hochexplosiven“ Stimmung.

Bei einem Organisationsgrad von über 70% und einem Marktanteil von 90% hatten die Postbeschäftigten eine enorm gute Ausgangslage für einen erfolgreichen Streik. Zudem hatten sie die Unterstützung in der Bevölkerung. Die Frankfurter Rundschau sprach von der Möglichkeit des „größten Poststreiks“ seit 1990 (FR vom 2. Mai). Die Tatsache, dass Wirtschaftsminister Glos vor der Urabstimmung eine „schnelle Einigung“ gefordert hat, weil für die Wirtschaft eine „zuverlässige Postzustellung eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Arbeiten“, zeigt, dass ein Streik ein enormes Machtmittel gewesen wäre und viel mehr drin war in dieser Tarifrunde.

Trotz dieser guten Ausgangslage hat die ver.di-Führung vor dem Ende der Urabstimmung die Weichen auf Streikvermeidung gestellt und kapituliert. Dem Post-Vorstand haben sie die Möglichkeit gegeben, sich einen Frieden billig mit sieben Prozent auf 26 Monate gestreckt – also nicht pro Jahr – zu erkaufen. Und bei der Arbeitszeit konnten die Arbeitgeber sogar noch einen Teilerfolg verbuchen.

Die Groß-Aktionäre und die Post-Manager dürfen sich freuen. Bei einem für 2008 angepeilten Rekordgewinn von 4,2 Milliarden Euro dürfen sich die acht Vorstandsmitglieder weiterhin 22 Millionen Euro teilen. Während Steuerhinterzieher Zumwinkel jeden Monat eine Postrente von 90.000 Euro kas-

siert, müssen die Sortierer und Zusteller für wenig Lohn noch härter schuften.

Magere Lohnerhöhung

Für die Beschäftigten enthält der Abschluss keinen Grund zur Freude. Bei einer Laufzeit bis Juni 2010 enthält der Abschluss zwei Nullmonate in 2008 (Mai und Juni) und 11 Nullmonate im Jahr 2009. Die Erhöhungen von 4% im November 2008 und 3% im Dezember 2009 reichen nicht einmal aus, um die offizielle Inflationsrate auszugleichen. Beschäftigte in der niedrigsten Lohngruppe mit einem Monatslohn von 1.474,79 Euro erhalten durch 4% Erhöhung in der ersten Stufe weniger als brutto 60 Euro im Monat. Das Gros der Post-Beschäftigten verdient zwischen 1.740 und 2.183 Euro. Auch für sie ist die vereinbarte Erhöhung zu wenig. Die zwei Einmalzahlungen von je 100 Euro im Juli und September ändern nichts daran. Unklar ist, ob es für die BeamtInnen eine Erhöhung der Besoldung gibt.

Weniger Pause = mehr Arbeit

Wieder haben die oberen ver.di-Funktionäre auf Druck der berechtigten Forderungen der Beschäftigten erst radikal geredet und am Ende vor Appel und Scheurle kapituliert. „Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass es eine Arbeitszeiterhöhung bei der Deutschen Post gibt“ erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Andrea Kocsis Mitte März. Es ist nicht bekannt geworden, dass seither irgendwo ein Kamel durch ein Nadelöhr ging, aber es ist festzustellen, dass der Tarifabschluss eine Arbeitszeitverlängerung bedeutet!

In der Erklärung von ver.di zum Abschluss wird gesagt, die 38,5 Stunden-Woche werde fortgeschrieben und die Arbeitszeitverlängerung sei „endgültig vom Tisch“. Doch was bedeutet die

Streichung von bezahlten Pausen bzw. 50 Minuten unbezahlter Mehrarbeit anderes als Arbeitszeitverlängerung?

Das Sprachrohr der Unternehmer Handelsblatt erklärte am 30. April unmissverständlich: „Durch die Hintertür ist es der Post gelungen, die Arbeitszeit zu verlängern“. Den Zustellern werden jetzt noch größere Bezirke aufgehalst werden.

Arbeitszeitverlängerung = Arbeitsplatzvernichtung

50 Minuten unbezahlte Mehrarbeit bedeutet rein rechnerisch die Vernichtung von 4.000 Arbeitsplätzen bei der Post. Und nach allen Erfahrungen, wird eine Arbeitszeitverlängerung 1 : 1 in Stellenabbau umgewandelt. Der Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen bis 30. Juni 2011 wird das nicht verhindern. Auch ohne betriebsbedingte Kündigungen hat es der Post-Vorstand geschafft, seit Mitte der 90er Jahre weit mehr als 100.000 Arbeitsplätze zu vernichten. Seit Jahren bekommen Neueingestellte nur befristete Verträge. Sie können gekündigt werden, indem ihnen einfach der Vertrag nicht verlängert wird.

Arbeitszeitverlängerung = Lohnkürzung

50 Minuten unbezahlte Mehrarbeit bedeuten auch eine Kürzung des Stundenlohns um 2,1%. Dies wird von ver.di verschwiegen. Laut einer Mitteilung des Deka Investmentfonds hat ver.di aber angegeben, dass die Post durch die Pausenstreichung bzw. 50 Minuten Mehrarbeit jährlich 80 Millionen Euro spart. Damit wird deutlich, dass die Lohnerhöhung durch Mehrarbeit von den Beschäftigten selbst finanziert wird.

Arbeitszeitverkürzung muss her

Im letzten Jahr hat ver.di zugestimmt, dass bei der Telekom für 50.000 Beschäftigte die Arbeitszeit unbezahlt um vier Stunden erhöht wird. In diesem wurde im öffentlichen Dienst und bei der Post kampfflos einer Arbeitszeitverlängerung zugestimmt. Dies widerspricht allen Beschlusslagen und geht in die falsche Richtung. Notwendig ist eine drastische Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich ebenso wie deutliche Realloohnerhöhungen.

Gemeinsamer Kampf

Das Netzwerk sieht es als großes Versäumnis, dass die Tarifrunden 2008 nicht für einen gemeinsamen Kampf aller von ver.di organisierten Bereiche genutzt wurde, um für alle das herauszuholen, was ihnen schon lange zusteht: eine deftige Lohnerhöhung oberhalb der Inflationsrate bei einer Laufzeit von einem Jahr und keine Minute Arbeitszeitverlängerung. Mit einem gemeinsamen Streik im öffentlichen Dienst, im Einzelhandel, bei der Post, Telekom, Papierindustrie, Berliner Verkehrsbetriebe, privaten Müllabfuhr, privaten Eisenbahn- und Busbetriebe und vielen mehr hätte ver.di Bereiche mit weit mehr als sieben Millionen Beschäftigten streiken und die Arbeitgeber in die Knie zwingen können.

Selten gab es solch günstige Bedingungen für einen offensiven Streik. Anstatt diese historische Chance zu nutzen, hat die ver.di Führung, auch wenn sie von gemeinsamer Mobilisierung gesprochen hat, die Kämpfe in Wirklichkeit verzettelt geführt. Anstatt die Möglichkeiten zu nutzen, wurde ein fauler Kompromiss gemacht.

Seit der Fusion zur Großgewerkschaft ver.di gibt es nicht mehr gemeinsamen Kampf, sondern weniger. Das Netzwerk erinnert daran, dass 1992 die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und bei der Post in zwei verschiedenen Gewerkschaften waren und gemeinsam gestreikt haben. 2008 sind sie in der gleichen Gewerkschaft und streiken nicht gemeinsam.

Stimmt mit Nein!

Nach der geltenden ver.di-Satzung reichen 25% Zustimmung zur Annahme des Ergebnisses. Das ist undemokratisch und muss geändert werden. Eine Mehrheit muss über den Abbruch des Streiks und die Annahme eines Ergebnisses entscheiden und nicht eine Minderheit.

Der volle Wortlaut des Tarifabschluss muss den KollegInnen bekannt gemacht werden. Vor der Urabstimmung sollten überall Diskussionen über den gesamten Inhalt der Tarifeinigung und die Folgen des Pausenwegfalls geführt werden.

Das Netzwerk fordert die KollegInnen bei der Post auf, in der Urabstimmung über das Ergebnis mit Nein zu stimmen. Auch wenn nicht davon auszugehen ist, dass die nötige Mehrheit von 76% für die Ablehnung des Ergebnisses und Streik zustande kommt, ist jede Nein-Stimme ein wichtiges Signal an die ver.di-Verhandlungsführer und die Mitglieder der Tarifkommission, die diesen Abschluss zu verantworten haben. Es bietet die Möglichkeit, in der Diskussion für die nächste Tarifrunde darauf zu verweisen und den Druck von unten für einen offensiveren Kurs zu erhöhen.

Innergewerkschaftliche Opposition aufbauen

Darüber hinaus ruft das Netzwerk alle kritischen und kämpferischen KollegInnen und Kollegen auf, sich zu vernetzen um eine innergewerkschaftliche Opposition gegen die Politik des Verzichts aufzubauen. Wir laden alle Interessierten zu unserem bundesweiten Treffen am 24. Mai nach Kassel ein, um gemeinsam mit KollegInnen aus anderen Fachbereichen darüber zu diskutieren, ob und wie in ver.di ein Kurswechsel durchgesetzt werden kann.

Netzwerk
für eine kämpferische und demokratische



Das Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di hält es nach dieser Tarifrunde für noch dringender, dass sich alle kämpferischen und kritischen ver.di-Mitglieder und auch Nichtmitglieder zusammenschließen, um gemeinsam eine Alternative von unten aufzubauen. Die nächsten Schritte dafür sollen beim nächsten

**bundesweiten Netzwerktreffen
am 24. Mai 2008 in Kassel**

diskutiert werden. Wir rufen alle interessierten Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme auf.

Nähere Informationen auf unserer Homepage im Internet: www.netzwerk-verdi.de

Kontakt: info@netzwerk-verdi.de

V.i.S.d.P.: A. Teweleit, Emser Str. 78, 12051 Berlin

www.netzwerk-verdi.de